

Haus der Wannsee-Konferenz

Gedenk- und Bildungsstätte



Peter Klein, Berlin

Die Wannsee-Konferenz

Am 20. Januar 1942 fand auf dem Anwesen Am Großen Wannsee 56-58 eine Besprechung statt, die als so genannte Wannsee-Konferenz traurige Berühmtheit erlangte. Die Villa, die als Gästehaus der Sicherheitspolizei und des SD genutzt wurde, beherbergte an diesem Tag für knapp zwei Stunden 15 Personen der traditionellen staatlichen Exekutive, der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung, der NSDAP sowie der SS und der Polizei (1). Unter ihnen befanden sich auch ein Vertreter der zivilen Besatzungsbehörde in Polen (Generalgouvernement) und zwei Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Tagungsthema war die "Gesamtlösung der Judenfrage in Europa".

Seit der Auffindung der zusammenfassenden Niederschrift über diese Konferenz im Frühjahr 1947 in den überlieferten Akten des Auswärtigen Amtes war klar, dass hier über den Massenmord an allen Juden Europas diskutiert worden war. Die historische Forschung zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowie die historische Publizistik bewerteten bis in die fünfziger Jahre diese Aussprache als die entscheidende Konferenz, während der die Ermordung der europäischen Juden einvernehmlich beschlossen worden sei. Obwohl im Verlauf der folgenden Jahrzehnte für die Geschichtsforschung immer deutlicher wurde, dass diese kurze Tagung eher eine Informations- und Koordinierungsfunktion gehabt haben musste, hielt sich das Bild von der Entschlusskonferenz in der Öffentlichkeit mit erstaunlicher Zähigkeit. Wahrscheinlich kommt diese Fehleinschätzung dem Bedürfnis entgegen, die Ungeheuerlichkeit des Massenverbrechens mit einem konkreten Beschlussdatum und einer namentlich benennbaren Runde hochrangiger Entscheidungsträger zu verknüpfen. Es ist die Absicht dieses Beitrags, den Zweck der Konferenz im Lichte der neueren Forschung in aller Kürze zu beschreiben.

Nach dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 waren der Wehrmacht vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie Ordnungspolizeibataillone und einzelne Einheiten der Waffen-SS gefolgt, deren Auftrag die polizeiliche Sicherung der eroberten Gebiete war. Diese war eingebettet in das seit Jahren herrschende politisch-rassistische Vorurteil vom "slawischen Untermenschen", von den "bolschewistischen Horden" und vom Juden als "Bolschewisten" oder "Partisan". Der polizeiliche Auftrag war mithin nicht als defensive Sicherung, sondern als offensive "Befriedung" der eroberten Gebiete zu erledigen. Es ist bis heute nicht genau zu klären, wann die Anweisung, jüdische Frauen und Kinder nicht zu schonen, in einen förmlichen Befehl zur Auslöschung ganzer jüdischer Gemeinden in der besetzten Sowjetunion mündete. Sicher ist aber, dass Heinrich Himmler als Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei und Reinhard Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei und des SD bei ihren Reisen zu den Einsatzgruppen den Massenmord legitimierten und auf eine Steigerung der Mordrate drängten. Aus einer Fülle von zeitgenössischen Dokumenten, Täter- und Zeugenaussagen lässt sich ohne weiteres rekonstruieren, dass Ende Januar 1942 die Zahl der getöteten Juden in die Hunderttausende ging (2).

Neben diesen Mordaktionen in der besetzten Sowjetunion war auch im besetzten bzw. annektierten Polen mit systematischen Tötungen begonnen worden. Im Oktober und November 1941 wurden zwei kleine Vernichtungslager errichtet, in denen die Opfer mit Motorabgasen erstickt werden sollten. Belzec, im so genannten Generalgouvernement gelegen, fungierte hierbei als Tatort mit stationären Gaskammern und war als Vernichtungslager für die Juden der Distrikte Lublin und Lemberg vorgesehen. Das zweite Lager befand sich in den dem Deutschen Reich eingegliederten westpolnischen Gebieten, dem damaligen Reichsgau Wartheland. In diesem Lager am Rande der Ortschaft Chelmno operierte man mit drei umgebauten Gaswagen, um Juden aus den ländlichen "Wohnbezirken" und dem "Gaughetto" in Lodz zu töten. Diese lokale Massenmordstation war erstmalig am 8. Dezember 1941 in Betrieb. Am 20. Januar 1942 waren hier bereits etwa 8.000 Menschen ermordet worden. Ferner hatten im Konzentrationslager

Auschwitz erste Versuche stattgefunden, Häftlinge und sowjetische Kriegsgefangene mit Zyklon B zu töten (3).

Diese Beispiele aus der Sowjetunion und Polen zeigen deutlich, dass eine Entscheidung im Hinblick auf den Massenmord zumindest an sowjetischen Juden bereits im Sommer 1941 gefallen sein muss. Auch der Blick auf die Teilnehmer der Konferenz verdeutlicht, dass sie nicht das Gremium sein konnte, eine solch weit reichende verbrecherische Entscheidung zu treffen. Die ranghöchsten anwesenden Vertreter der zivilen Behörden waren auf der Ebene der Staatssekretäre anzusetzen, wohingegen die Eingeladenen der Sicherheitspolizei und der SS höchstens Hauptamtschefs waren. Wäre tatsächlich die grundsätzliche Entscheidung über den Mord an den Juden Gegenstand der Konferenz am 20. Januar 1942 gewesen, hätten Hitler als "Führer" und Reichskanzler, die Minister und Himmler als Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei anwesend sein müssen. Abgesehen von den protokollarischen Statusfragen muss jedoch klar gesagt werden, dass es ohnehin nicht Hitlers Führungsstil war, grundsätzliche Entscheidungen im Kollektiv und nach einer ausführlichen Diskussionsrunde zu treffen – erst recht nicht bei einem derart monströsen Vorhaben. Die Frage lautet also: Wenn einerseits der Massenmord bereits durchgeführt wurde und andererseits die Konferenzrunde keine grundsätzliche exekutive Befugnis hatte, einen Massenmord zu beschließen – was geschah dann am 20. Januar 1942 im Gästehaus der Sicherheitspolizei und des SD am Großen Wannsee?

Im Herbst 1941 waren von Hitler und Himmler die Weichen gestellt worden, trotz des sich hinziehenden Krieges gegen die Sowjetunion, die Juden aus dem europäischen Machtbereich zu deportieren. Im September entschied Hitler, dass Juden aus dem "Großdeutschen Reich" und der besetzten Tschechoslowakei nach Osten verschleppt werden sollten. Weiterhin sagte er dem deutschen Botschafter in Paris zu, dass die Juden in Frankreich ebenfalls deportiert werden würden, sobald die Transportkapazitäten dies zuließen (4). Im Oktober versicherte er der slowakischen Staatsführung, er werde die Juden aus der Slowakei in den Osten übernehmen. Anfang November 1941 stimmten überdies die Regierungen der Slowakei, Kroatiens und zeitweilig auch Rumäniens zu, dass jüdische Menschen ihrer Staatsangehörigkeit, die im Deutschen Reich lebten, mit deportiert werden durften. Umgesetzt wurden diese Verschleppungsbeschlüsse vom Amt IV des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), wobei die zentrale Planung im Referat IV b4 unter der Leitung von Adolf Eichmann erfolgte. Seit dem 15. Oktober 1941 wurden zunächst die deutschen, luxemburgischen, österreichischen und tschechischen Juden "evakuiert". Die Deportationsziele waren Lodz, Minsk, Kaunas und Riga. Für die tschechischen Juden ließ Heydrich darüber hinaus ein Ghetto in Theresienstadt einrichten, das zunächst als Sammellager zur weiteren Deportation "nach dem Osten" konzipiert war. Von den Deportationen ab 15. Oktober 1941 waren bis Januar 1942 knapp 52.000 Menschen betroffen. Mehrere tausend von ihnen waren bereits vor Beginn der Wannsee-Konferenz ermordet worden.

Da die Definition, Registrierung und finanzielle Ausbeutung der Opfer, ihre Einsammlung, Verschleppung und Einquartierung ein hochgradig arbeitsteilig organisierter Prozess war, hatte es anlässlich der ersten Deportationen eine Fülle von Unstimmigkeiten an den Abfahrts- und Zielorten gegeben, die sich aus der Sicht der Täter als Behinderungen bei der Durchführung des Vorhabens darstellten, alle in Europa lebenden Juden zu verschleppen.

So waren entgegen der ursprünglich an die Gestapostellen gegebenen "Richtlinien für die Evakuierung" aus einigen Orten Juden "evakuiert" worden, die zunächst gar nicht deportiert werden sollten. Es waren dies Juden über 65 Jahren, Träger von Kriegsauszeichnungen, Schwerekriegsbeschädigte, so genannte Mischlinge oder Partner in Mischehen. Darüber hinaus wurden in Einzelfällen jüdische Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben zur "Evakuierung" aufgerufen, was Arbeitsämter, Rüstungsinspektionen und die Unternehmen selbst nicht zulassen wollten. Solcherlei Beschwerden und Proteste gelangten über die regionalen Gestapostellen immer wieder an Gestapochef Heinrich Müller und an dessen Fachreferenten Adolf Eichmann im Berliner RSHA.

In Lodz, Minsk und Riga gab es ebenfalls eine Fülle an Schwierigkeiten, die von den Planern nicht vorhergesehen werden konnten. Schon bei den ersten Transporten deutscher, luxemburgischer, Wiener und Prager Juden zwischen dem 15. Oktober und dem 5. November 1941, die zusammen mit knapp 5.000 burgenländischen Sinti und Roma in das völlig überfüllte Ghetto von Lodz ("Litzmannstadt") verschleppt wurden, gab es Proteste. Der Oberbürgermeister sowie der zuständige Regierungspräsident wehrten sich vergeblich gegen die Aufnahme weiterer Juden. Beide Kommunalpolitiker scheuten sich nicht, direkt im Reichsinnenministerium, bei Himmler und bei der Wehrmacht zu intervenieren (5).

Sogar Heydrich meinte im Oktober, man müsse noch viel Rücksicht auf die "Litzmannstädter" Behörden nehmen. Doch auch an den nachfolgenden Zielorten der Verschleppungen war man auf die Ankunft von Tausenden von Menschen nicht vorbereitet. Noch bevor der erste Transport mit Verschleppten das

Ghetto in Lodz erreichte, wurde der Generalkommissar in Riga von der Sicherheitspolizei darüber informiert, dass in der Region Riga ein Aufnahmelager für deportierte Juden errichtet werden sollte. Am 8. November schließlich teilte der später auf der Wannsee-Konferenz anwesende Rudolf Lange der Zivilverwaltung mit, dass für Riga und Minsk je 25.000 Deportierte vorgesehen seien. In zwei zeitlich nahezu parallel verlaufenden Wellen sollten sie von Mitte November bis Mitte Dezember 1941 und noch einmal zwischen dem 10. und dem 29. Januar 1942 verschleppt werden. Schon damals wurde die Möglichkeit erörtert, die ersten fünf für Riga vorgesehenen Züge nach Kaunas umzuleiten, da sich der Aufbau des großen Aufnahmelagers in Salaspils bei Riga verzögern würde.

Am 28. Oktober waren knapp 10.000 Juden des Ghettos in Kaunas und am 7. November mehrere tausend Insassen des Minsker Ghettos erschossen worden, um auf diese Weise Platz für die aus dem Westen deportierten Menschen zu schaffen. Tatsächlich erreichten im November über 7.000 Juden Minsk, bevor ein Protest der Heeresgruppe Mitte diese Verschleppungen stoppte. Diese störten nämlich die Nachschublinien und Transportkapazitäten für den Angriff auf Moskau. Während die deutschen Juden im Minsker Ghetto ein abgegrenztes Areal zugewiesen bekamen, wurden die in fünf Zügen nach Kaunas deportierten Menschen am 25. und 29. November 1941 in den Festungsgräben des Forts IX erschossen. Der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln, der seit dem 31. Oktober als Himmlers regionaler Stellvertreter für das Reichkommissariat Ostland in Riga fungierte, plante für den 30. November eine ähnliche Erschießungsaktion mit dem Ziel, das Ghetto in der Moskauer Vorstadt Rigas bis auf die benötigten jüdischen Zwangsarbeiter zu liquidieren. Dieser Massenmord lag ganz auf der Linie der bisherigen Vernichtungsaktionen, jedoch entschied Jeckeln vor Ort, die an diesem Tag in Riga eintreffenden Berliner Juden seien ebenfalls zu töten. In der Tat wurden die Berliner dann unmittelbar nach ihrer Ankunft am frühen Morgen des 30. November 1941 zusammen mit den meisten Juden des Rigaer Ghettos ermordet. Doch diese Mordaktion an deutschen Juden war durch keinen Befehl gedeckt. Himmler und Heydrich haben offenbar am Nachmittag des 30. November vergeblich versucht, den Massenmord an den Berliner Juden zu stoppen (6). Die erwähnten Proteste, die Eigenmächtigkeiten und die darauf folgenden Schwierigkeiten zeigen, dass zwischen den Planungen in Berlin und den Realitäten vor Ort große Diskrepanzen bestanden, die während der Wannsee-Konferenz angesprochen werden sollten.

Neben der Absicht, die Probleme im Zusammenhang mit den genannten ersten Deportationen zu klären, verband Heydrich mit der Tagung am 20. Januar 1942 weitergehende strategische Ziele. Seit dem Frühjahr 1941 hatte es von Seiten der Sicherheitspolizei und der Parteikanzlei immer wieder Vorstöße gegeben, die rechtliche Sonderstellung von so genannten Mischlingen und Mischehepartnern zu verschlechtern. Nun sollten sie mit in die Deportationsmaßnahmen einbezogen werden, und Heydrich hoffte, eine Übereinkunft darüber während der Sitzung zu erreichen. Außerdem musste er darauf hinarbeiten, dass seine und Himmlers uneingeschränkte Planungshoheit in allen Fragen von Deportation und Massenmord anerkannt würde (7). Letztlich galt es, alle Teilnehmer offiziell davon zu unterrichten, dass die Gesamtkonzeption zur "Endlösung der Judenfrage" als langfristig angelegte Strategie zu betrachten sei, an deren Ende alle Juden Europas unabhängig vom Kriegsverlauf in den Osten zu deportieren und dort zu töten seien.

Am 29. November 1941 versandte Adolf Eichmann die Einladung Heydrichs an dreizehn vorgesehene Teilnehmer der Konferenz, die am 9. Dezember stattfinden sollte. Versehentlich wurde hier als Tagungsort die Dienststelle der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission am Kleinen Wannsee 16 angegeben, was durch das RSHA offenbar telefonisch bei den Adressaten korrigiert wurde. Doch am 8. Dezember wurde die Konferenz ohne Angabe von Gründen abgesagt und ein neuer Termin noch nicht genannt. Ob dafür der japanische Angriff auf Pearl Harbour einen Tag vorher oder die Reichstagssitzung am 11. Dezember der Anlass war, ist umstritten. Neuerdings wird auch wieder die Frage aufgeworfen, ob Hitler - angesichts des Scheiterns seiner Blitzkriegsstrategie in der Sowjetunion und der Kriegserklärung an die USA - erst im Dezember 1941 die Einbeziehung aller europäischen Juden in das Mordprogramm befohlen habe. Damit wäre die ursprüngliche Thematik der Konferenz durch die Ereignisse überholt worden, und die Gestapo hätte nun den Auftrag erhalten, die Planungen für europaweite Deportationen zum Zweck der Ermordung zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang ließe sich die Verschiebung der Konferenz um immerhin sechs Wochen plausibel erklären, denn es ist nicht nachweisbar, dass man vorher bereits an den Mord an sämtlichen Juden Europas dachte. Heydrich selbst schrieb in seiner zweiten Einladung am 8. Januar 1942, er habe die Sitzung "aufgrund plötzlich bekannt gegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teils der geladenen Herren" absagen müssen (8).

Heydrich ließ die neuen Einladungen von Prag aus versenden, wobei der Teilnehmerkreis sich leicht verändert hatte. Nun stimmte die Adresse. Der Tagungsort am 20. Januar 1942 sollte das Gästehaus der Sicherheitspolizei und des SD Am Großen Wannsee 56-58 sein. Heydrichs Einladungen beinhalteten

bereits die am 31. Juli 1941 von Göring erteilte Vollmacht, wonach er beauftragt worden war, ein Konzept zur "Gesamtlösung der Judenfrage" zu erstellen. Das Ziel der Konferenz, nämlich die "Erreichung einer gleichen Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen", war ebenso angesprochen wie der konkrete Anlass der Sitzung: "zumal seit dem 15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden."

Am 20. Januar 1942 erschienen auf Einladung Heydrichs von den zentralen staatlichen Institutionen und Ministerien der Ministerialdirektor der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm Kritzinger, Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart vertrat das Reichsinnenministerium. Stuckart leitete dort die Abteilung I, die sich vornehmlich mit Staatsangehörigkeitsfragen und mit der Verwaltung der neu eingegliederten Reichsgebiete befasste. Das Reichsjustizministerium schickte den Staatssekretär Dr. Roland Freisler, wahrscheinlich zur Klärung rechtlicher Fragen bei der Scheidung so genannter Mischehen. Staatssekretär Erich Neumann vom Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vertrat die Interessen der gleichnamigen kriegswirtschaftlichen Planungsbehörde, die unter der Leitung Hermann Görings stand. Das Auswärtige Amt entsandte Unterstaatssekretär Martin Luther, den Verbindungsführer zum RSHA. Dr. Gerhard Klopfer erschien für die Parteikanzlei der NSDAP. Mit den Staatssekretären Dr. Josef Bühler und Dr. Alfred Meyer und dessen Hauptabteilungsleiter Dr. Leibbrandt waren drei zivile Vertreter für das Generalgouvernement und die besetzten Ostgebiete zur Konferenz gekommen. Diese von Heydrich zusammengerufene Runde wurde vervollständigt durch einen Amtskollegen des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes. SS-Gruppenführer Otto Hofmann leitete seit Juli 1940 das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. SS-Gruppenführer Heinrich Müller war als Leiter des Amtes IV im Reichssicherheitshauptamt ein direkter Untergebener Heydrichs und gehörte mit zu denjenigen Personen, die die Aktionen der Einsatzgruppen koordinierten. Er brachte zur Sitzung seinen Referatsleiter (IV b4), SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann mit, der seit Oktober 1941 mit Hilfe der örtlichen Gestapo(leit)stellen die Deportationstransporte organisierte. Quasi als polizeiliches Pendant für die Vertreter der beiden zivilen Besatzungsbehörden trafen SS-Oberführer Dr. Eberhard Schöngarth und SS-Sturmbannführer Dr. Rudolf Lange ein. Schöngarth war Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, sein Kollege Lange fungierte als Kommandeur der Sipo/SD im besetzten Lettland (9). Der ebenfalls eingeladene Staatssekretär Leopold Gutterer vom Reichspropagandaministerium erschien nicht. Die Gründe hierfür sind unbekannt.

Vom Ablauf der Sitzung existiert ein Protokoll, das in Form einer zusammenfassenden Niederschrift verfasst wurde. über den Autor herrscht kein Zweifel: Adolf Eichmann bestätigte während seiner Untersuchungshaft in Jerusalem mehrmals, er habe das Protokoll auf der Basis von stenographischen Notizen einer anwesenden Sekretärin entworfen. Heydrich und Müller hätten mehrfach seine Entwürfe korrigiert, so dass der Text langsam seine endgültige Form angenommen habe. Das einzige bis heute aufgefundene Exemplar dieser Niederschrift ist wohl in der Zeit vor dem 26. Februar 1942 entstanden und wurde im Frühjahr 1947 in den Aktenbeständen des Auswärtigen Amtes gefunden (10).

Folgt man dem Sitzungsprotokoll, welches nur gelegentlich die Wortbeiträge den einzelnen Teilnehmern zuweist, so muss Heydrich einen wesentlichen Teil der Konferenz allein gesprochen haben. Eichmann erinnerte sich während seiner Verhöre in israelischer Untersuchungshaft, dass die Atmosphäre während des etwa 90-minütigen Treffens sehr entspannt gewesen sei. Dies dürfte mit Sicherheit Heydrichs Regie zuzuschreiben sein, denn obwohl im RSHA in der Prinz-Albrecht-Straße 8 Konferenzräume zur Verfügung standen, hatte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD die Teilnehmer an diesen idyllischen Ort geladen. Hier herrschte kein geschäftiger Bürobetrieb, gab es keine klingelnden Telefone und keine störenden Referenten - im Gegenteil: Man verhandelte das mörderische Sitzungsthema, während man die malerische Aussicht auf den winterlichen Wannensee und einen Imbiss in großbürgerlichem Ambiente genoss. Ganz unverblümt soll hier nach Eichmanns Erinnerung vom Massenmord gesprochen worden sein, keiner der Anwesenden hatte grundsätzliche Bedenken, elf Millionen Menschen zu ermorden. Heydrich soll nach dem Ende der Sitzung geradezu erleichtert über ihren Verlauf gewesen sein. Anlässlich der Übersendung der Niederschrift an Martin Luther (Auswärtiges Amt) am 26. Februar 1942 schrieb Heydrich, dass "nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Endlösung der Judenfrage festgelegt ist [...]."

Heydrich leitete die Sitzung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf seine Autorisierung durch Hermann Göring ein. Der Reichsmarschall hatte am 31. Juli 1941 abends während eines Vortrags auf seinem Gut Carinhall eine von Heydrich vorbereitete schriftliche Bestellung zum "Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage" unterzeichnet, die jedem der zur Wannsee-Konferenz Eingeladenen in Abschrift vorlag. Heydrich erstrebte hier die institutionelle Absicherung seiner Planungshoheit, wohingegen er im Protokoll sich selbst zugunsten seines Vorgesetzten zurücknahm: "Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische

Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD)."

Nach einem kurzen Referat über die Diskriminierungs-, Vertreibungs- und Entrechtungsmaßnahmen gegen die Juden bis zum Herbst 1941 leitete Heydrich über zu der Zäsur, die durch die Verschleppung von deutschen, österreichischen und tschechischen Juden markiert wurde. Anstelle der erzwungenen Auswanderung sei nun nach Genehmigung Hitlers die "Evakuierung" der Juden nach dem Osten getreten. Alle Anwesenden wussten sehr genau, was damit verbunden war. Der Mord an den Berliner Juden am 30. November 1941 war nicht nur hohen Regierungsvertretern bekannt geworden. Sogar Verfolgte, wie der Dresdener Viktor Klemperer, hatten davon erfahren (11). Diese "Evakuierungsaktionen", so Heydrich mit Blick auf die vielen Proteste, seien lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, "doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind."

Anhand einer Statistik enthüllte Heydrich anschließend die gesamteuropäische Dimension der beabsichtigten Verschleppungen. Ohne Rücksicht auf den bisherigen Kriegsverlauf wurden die Juden auch derjenigen Staaten addiert, welche im Januar 1942 weder deutsch besetzt waren, noch im deutschen Einflussbereich lagen. Rund elf Millionen Menschen, unter anderem aus Portugal, Spanien, England, Irland, Schweden und Finnland sowie aus der Schweiz und der Türkei, sollten nach Osten deportiert werden. Deren geplante Ermordung wurde in einen, die Tatsachen nur leicht verschleiernenden Text gekleidet:

"Unter entsprechender Leitung sollen die Juden im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)"

Das den Arbeitsunfähigen zgedachte Schicksal war allen Beteiligten offensichtlich so klar, dass es einer gesonderten Erwähnung gar nicht mehr bedurfte. Die hier vorgenommene verbale Verhüllung des Mordes durch Arbeitseinsatz im Straßenbau hatte sogar einen realen Hintergrund. Viele galizische Juden mussten von Lvov (Lemberg) aus ostwärts am Aufbau der so genannten "Durchgangsstraße IV" arbeiten, und die Reichsautobahnstrecke Frankfurt/Oder - Poznan (Posen) wurde von Juden aus den Regierungsbezirken Hohensalza (Inowroclaw) und Litzmannstadt (Lodz) gebaut.

Zweimal erklärte Heydrich während seines Vortrags, wie er sich die Abfolge der europaweiten Deportationen vorstellte. Zunächst erwähnte er, dass die seit dem 15. Oktober stattfindenden "Evakuierungen" der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden weitergingen. Bedenkt man, dass der Chef der Sicherheitspolizei und des SD zugleich auch Stellvertretender Reichsprotector in Böhmen und Mähren war, so brauchten diese Planungen auch nicht weiter mit anderen Ämtern abgestimmt werden. Doch bei den Juden aus dem übrigen Europa war Heydrich auf die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt angewiesen:

"Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein. Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflussten europäischen Gebieten wurde vorgeschlagen, dass die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amts sich mit dem zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD besprechen." In diesem Zusammenhang wurden bereits einige europäische Staaten genannt, die zur "Regelung des Problems" unterschiedliche Auffassungen vertraten. Martin Luther (Auswärtiges Amt) verwies auf die skandinavischen Länder, von denen Schwierigkeiten erwartet wurden. Kroatien und die Slowakei als Satellitenstaaten Deutschlands wurden als gefügige Partner angesehen, schon weil sie die Deportation ihrer im Deutschen Reich befindlichen jüdischen Staatsbürger genehmigt hatten. Doch solchen Gesprächen haftete im Januar 1942 schon deshalb etwas Unwirkliches an, weil die von Heydrich erwähnte "militärische Entwicklung" – also nicht nur das Scheitern der Blitzkriegsstrategie gegen die Sowjetunion, sondern der Gegenangriff der Roten Armee - eine Gesamtherrschaft über ganz Europa in weite Ferne rücken ließ.

Im weiteren Verlauf der Sitzung musste Heydrich ein Problem ansprechen, das anlässlich der Deportation der deutschen Juden immer wieder aufgetaucht war. Obwohl Eichmann die Leiter der Judenreferate der örtlichen Gestapo-Einheiten im Oktober 1941 in Berlin versammelt hatte, um ihnen die Deportationsrichtlinien mitzuteilen, war es dennoch zu unautorisierten Verschleppungen gekommen, die

allgemein als schädlich bewertet wurden. Es waren z.B. vereinzelt auch Juden im "geschlossenen Arbeitseinsatz", womöglich noch in kriegswichtiger Produktion, deportiert worden. Der Staatssekretär der Vierjahresplanbehörde erklärte, dass solche Personen nicht abgeschoben werden könnten, solange für sie kein Ersatz gestellt worden sei. Neumann war verantwortlich für die Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf kriegswichtige Erfordernisse und als Vertreter Görings an der Klärung dieser Frage höchst interessiert. Heydrich konnte im Gegenzug darauf verweisen, dass die Deportationsrichtlinien die Interessen Neumanns voll wahren. Allerdings war diese Zusage auch nach der Konferenz bisweilen nur unter größten Schwierigkeiten einzulösen. So wünschte z.B. der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann anlässlich der Deportation der Dresdener Juden am 21. Januar 1942 auch die restlose "Evakuierung" der jüdischen Facharbeiter der Firma Zeiss-Ikon und ließ es auf eine direkte Konfrontation mit der Rüstungsinspektion und Gestapoleitstelle ankommen, bei der er freilich unterlag (12).

Hinsichtlich der älteren deutschen und österreichischen Juden sowie der Kriegsteilnehmer erklärte Heydrich den Anwesenden einen Plan, durch dessen Umsetzung die vielen Interventionen zugunsten dieser Menschen ausschaltet werden sollten. Schon im Oktober hatte er die Gründung eines "Alterghettos" in Theresienstadt erwogen, so dass dieser ursprünglich als Sammelpunkt für die tschechischen Juden vor ihrer Deportation gedachte Ort eine weitere Funktion erhielt:

"Es ist beabsichtigt, die Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto - vorgesehen ist Theresienstadt - zu überstellen. Neben diesen Altersklassen - von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30% über 65 Jahre alt - finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK 1) Aufnahme."

Tatsächlich war Eichmann einen Tag vorher in Theresienstadt gewesen und hatte sich von der Möglichkeit überzeugt, noch weitere Transporte im Ghetto unterzubringen. Doch erst ab Anfang Juni 1942 sollten die ersten Transporte aus dem Westen nach der alten böhmischen Festungsstadt abgehen. Schon im März 1942 machte Eichmann anlässlich einer Dienstbesprechung auf Sachbearbeiterebene ungeschminkt deutlich, dass das "Altersghetto" nur eine vorübergehende Beruhigungs- und Täuschungsfunktion habe und die Insassen später auch ermordet würden.

Einen breiten Raum nahm bei der Besprechung der Wunsch Heydrichs ein, die Deportationen auch auf so genannte Mischlinge und Mischehepartner auszudehnen (13). "Mischlinge 1. Grades" und "nichtarische Mischehepartner" waren schon vor der Konferenz ins Visier der Sicherheitspolizei geraten. Im August 1941 hatte es zwei Besprechungen gegeben, die die unterschiedlichen Ansichten über die Verfolgung dieser Personen hatten deutlich werden lassen. Auf der ersten Konferenz war es um die Einführung eines verbindlichen Judenbegriffs in allen besetzten Gebieten gegangen. Während der Gauleiter und Reichsstatthalter Arthur Greiser im Wartheland keine Rücksichten auf etwaige polnisch-jüdischen "Mischlinge" nahm, sondern diese der Kennzeichnungspflicht unterwarf und gettoisierte, war dies im Reichskommissariat Ostland noch Gegenstand grundsätzlicher Kontroversen zwischen der Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei. Die zweite vom Propagandaministerium angeregte Konferenz hatte sich mit der Kennzeichnung der deutschen Juden befasst. Vor allem aus dem Reichsinnenministerium waren hier Einwände gegen eine Ausweitung des Judenbegriffs vorgetragen worden.

Da eine endgültige Weisung Hitlers zur Verschärfung der bis dahin geltenden "Mischlingsbestimmungen" nicht zu erwarten war, stellte Heydrich am 20. Januar 1942 die Wünsche des RSHA vor, die eine Ausweitung der Verfolgtengruppe auch auf so genannte Mischlinge und Mischehepartner vorsah. Mit dieser "Regelung" wäre die Verfolgungspraxis vereinheitlicht und mit weniger bürokratischem Aufwand verbunden gewesen. Punkt für Punkt wurden daher die einzelnen "Mischlings"-Kategorien und "Mischehefälle" besprochen, wobei der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums stets für eine Beibehaltung der ursprünglichen Sonderrechte plädierte. Lediglich die Zwangssterilisierung der "Mischlinge" schien ein Vorschlag zu sein, den Sicherheitspolizei und Innenministerium gemeinsam tragen konnten. Eine definitive Regelung kam jedoch nicht zustande, und so wurde diese Frage auf die Referentenebene verlagert. Im März und Oktober 1942 debattierte man nochmals auf Einladung des RSHA über diese Fragen. Eine Einigung konnte bis zum Ende des Krieges nicht erzielt werden. Die Vertagung dieser Entscheidung rettete die deutschen und österreichischen "Mischlinge" vor dem sicheren Tode, wenngleich sie in ständiger Furcht vor Übergriffen und Deportationen leben mussten.

Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements, Bühler, wandte sich gegen Ende der Konferenz an Heydrich und erkannte die Federführung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD bei der "Endlösung" an. Er bat, da es im Generalgouvernement kein Transportproblem gäbe, "die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen."

Das Problem einer Arbeitseinsatzfähigkeit von Juden stelle sich nicht, da von den etwa 2,5 Millionen polnischen Juden die Mehrzahl ohnehin arbeitsunfähig sei. Auch seien die polnischen Juden "als Seuchenträger eine eminente Gefahr" und untergrüben die Wirtschaft "durch fortgesetzten Schleichhandel." In der Tat mussten die westeuropäischen Juden zu den im Osten gelegenen Ghettos und Vernichtungslager transportiert werden, wohingegen sich die Juden Polens und der Sowjetunion quasi vor Ort befanden. Um die Jahreswende 1941/42 gab es hier bereits mobile Gaswagen, in denen die Opfer mit Motorenabgasen ermordet wurden. In der Niederschrift wurde dies nur indirekt erwähnt:

"Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. Meyer als auch seitens des Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse."

Heydrich beendete die Sitzung und informierte am Nachmittag des folgenden Tages Heinrich Himmler telefonisch über den Verlauf der Konferenz (14). Anschließend flog Heydrich nach Prag zurück. Am 25. Januar 1942 ließ er seinen regionalen Dienststellenleitern in Europa eine Fotokopie der schriftlichen Beauftragung vom 31. Juli 1941 mit Görings Unterschrift zukommen mit der Bemerkung, dass hinsichtlich der Gesamtlösung der Judenfrage "die vorbereitenden Arbeiten [...] eingeleitet" seien (15).

Anhand der Wannsee-Konferenz lassen sich deutlich die wichtigsten Strukturen der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen bis hin zum Massenmord an den Juden Europas feststellen. SS und Polizei, hier repräsentiert durch Reinhard Heydrich, trieben das mörderische Verbrechen voran und bemühten sich, es auf größere Personengruppen auszudehnen. Doch der langfristig angelegte Plan zum Mord an allen Juden Europas konnte nur gelingen, wenn die traditionellen Staatsorgane, wie z.B. das Auswärtige Amt, zur Mithilfe bereit waren. Weiterhin konnten "Mischlinge" und "Mischehepartner" aus Deutschland nur dann einbezogen werden, wenn Reichsinnen- und Justizministerium bereit waren, an einer Verschlechterung ihres rechtlich abgesicherten Status mitzuwirken. Zur massenhaften Durchführung nahezu aller Verfolgungsmaßnahmen bedurfte es handhabbarer Gesetze und Verordnungen. So etwa diente die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz auch der staatlichen Beraubung der Deportationsopfer zugunsten des Deutschen Reiches. Die lapidare Feststellung, wonach ein Jude sein Vermögen verlor, sobald er die Reichsgrenzen überschritt, war nur eine Umschreibung der Deportation. Selbst wenn eine betroffene jüdische Familie Anzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt gestellt hätte, so wäre dies vergeblich gewesen. Schon vorher war auf dem Verordnungswege festgelegt worden, dass polizeiliche Maßnahmen gegen Juden nicht der Nachprüfung durch die Gerichte unterliegen sollten. Organisierte Verschleppung und staatlicher Raub waren auf diese Weise in Gesetze gekleidet worden, was den Tatbeitrag deutscher Beamter auf allen Ebenen entscheidend erleichterte.

Auch erkennt man an der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 sehr gut das eigenartige Zusammenspiel von nur vage artikuliertem "Führerwillen" und der darauf folgenden, detaillierten bürokratischen Umsetzung. Insofern ist das Protokoll der Wannsee-Konferenz auch eine schriftlich überlieferte moralische und institutionelle Bankrotterklärung der deutschen Bürokratie (16).

Unbestreitbar lassen sich vor dem Hintergrund der Probleme, mit denen sich die "Endlöser" konfrontiert sahen, die wesentlichen Gesprächsinhalte erhellen. Deutlich wird auch die europaweite Strategie zur "Endlösung der Judenfrage". Und schließlich wurde das den Millionen europäischer Juden von der nationalsozialistischen Führung zgedachte Schicksal unzweideutig angesprochen. Dennoch steht die Bedeutung der Wannsee-Konferenz immer wieder im Blickpunkt geschichtswissenschaftlicher Forschung. War die damals so betitelt "Staatssekretärsbesprechung" nur eine Momentaufnahme in einem sich erst stufenweise entwickelnden Prozess, an dessen Ende im Frühjahr 1942 die unterschiedslose Ermordung aller Juden stand? Oder war eine grundsätzliche Entscheidung Hitlers zur Tötung aller Juden im deutschen Machtbereich bereits vorher erfolgt? Suggestiert die Diktion der Niederschrift nicht vielleicht eine Stringenz staatlicher Verfolgungsmaßnahmen, die so zum Zeitpunkt der Konferenz noch gar nicht vorhanden war, sondern erst danach aus einer selbstverschuldeten bzw. gewollt herbeigeführten Ausweglosigkeit der deutschen "Judenpolitik" resultierte – führte also erst das begonnene massenhafte Deportationsprogramm zu der radikalsten, aber angesichts bisheriger regionaler Mordaktionen nahe liegenden "Lösung", die im unterschiedslosen Massenmord an allen europäischen Juden gipfelte?

Fast alle Monographien von Historikern, die sich mit dem Massenmord an den europäischen Juden beschäftigen, haben die Wannsee-Konferenz in ihren Werken berücksichtigt. Dazu gehört auch die Stellungnahme zu den oben formulierten Fragen (17). Hinzu kommt, dass mit den zugänglich gewordenen Aktenbeständen in ost- und westeuropäischen Archiven auch Fakten bekannt geworden sind, die unsere

Kenntnisse über das Umfeld der Sitzung bereichern. Mittlerweile ist klar, dass Himmler im Herbst 1941 eine ganze Reihe von Gesprächsterminen mit einzelnen Teilnehmern der Konferenz oder mit den zuständigen Ministern hatte. So beispielsweise am 24. November 1941, als er für ein Treffen mit Staatssekretär Stuckart notierte: "Judenfrage" und anschließend als Gesprächsergebnis: "gehören zu mir".

Vier Tage später reagierte Heydrich auf einen Hinweis des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement, wonach Generalgouverneur Hans Frank bestrebt sei, die Frage der "zentralen Bearbeitung der Judenangelegenheiten" im besetzten Polen an sich zu ziehen, mit einer Einladung des Staatssekretärs Bühler zur Konferenz. Dies war offensichtlich mit Himmler abgesprochen, denn beide hatten einen Vortragstermin beim Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei. Am 14. Dezember war Himmler zusammen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, zu Gast bei Hitler. Am 9. Januar 1942 schließlich trafen der Chef der Reichskanzlei, Lammers, und Himmler zusammen. Vier Tage später waren Eberhard Schöngarth und Josef Bühler zu Gast bei Himmler. Am 18. Januar schließlich besuchte Himmler Reichsaußenminister Ribbentrop in dessen Sonderzug (18).

Es hatte also vor der Wannsee-Konferenz während der Monate Dezember 1941/Januar 1942 genügend Gelegenheiten gegeben, auch auf höchster Ebene die "Endlösung der Judenfrage" und die damit zusammenhängenden Fragen zu besprechen. Allerdings sind die partiellen und eher zufälligen Überlieferungen seitens der Beteiligten interpretationsbedürftig und erreichen keinesfalls die Aussagekraft eines amtlichen Protokolls (19).

Die Bedeutung des Protokolls der Wannsee-Konferenz liegt vor allem darin, dass nur hier die umfassende Vernichtungsabsicht gegen die europäischen Juden präzise niedergeschrieben und überliefert wurde. Ja viel mehr noch: Es blieb nicht bei der Absichtserklärung zum Völkermord, wie sie seit Kriegsbeginn 1939 von Hitler und der NS-Propaganda immer radikaler öffentlich geäußert wurde, sondern das Protokoll belegt die konkrete Erörterung wichtiger Detailfragen, die mit dem beabsichtigten Massenmord im direkten Zusammenhang standen. Das Protokoll belegt auch, dass die monströse Mordabsicht zwischen SS und traditioneller Ministerialbürokratie nicht umstritten war.

Quellen:

(1) Grundlegend zur Geschichte der Wannsee-Villa: Johannes Tuchel, *Am Großen Wannsee 56-58*, Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 1, Berlin 1992

(2) Vgl. hierzu: Peter Klein, *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/41*, Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 6, Berlin 1997

(3) Vgl. Eugen Kogon u.a., *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas*, Frankfurt/M. 1983

(4) Vgl. Peter Witte, *Zwei Entscheidungen in der "Endlösung der Judenfrage": Deportationen nach Łódź und Vernichtung in Chelmo*, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente*, 1995, S. 38-68

(5) Vgl. Wolfgang Scheffler, *Das Getto Łódź in der nationalsozialistischen Judenpolitik*, in: *Unser einziger Weg ist Arbeit*, Frankfurt/M. 1990, S. 12-16

(6) Vgl. Peter Klein, *Die Erlaubnis zum grenzenlosen Massenmord*, in: *Rolf-Dieter Müller, Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht*, München 1999, S. 923-947

(7) Zu Heydrichs persönlichen Ambitionen vgl.: Wolfgang Scheffler u. Helge Grabitz, *Die Wannsee-Konferenz*, in: *Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi*, Jg. 1995, S. 197-219

(8) Sämtliche wichtigen Dokumente befinden sich in der Broschüre der Gedenk- und Bildungsstätte

(9) Kurzbiographien aller Teilnehmer in Kurt Pätzold u. Erika Schwarz, *Tagesordnung Judenmord*, Berlin 1992, S. 201-245

(10) Gedruckt in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945*, Göttingen 1969, S. 267-275

(11) Vgl. Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Berlin 1999

(12) Vgl. Marcus Gryglewski, *Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933-1945*, in: *Die Erinnerung hat ein Gesicht*, Dresden 1998, S. 117-120

(13) Vgl. Beate Meyer, *"Jüdische Mischlinge"*, Hamburg 1999

(14) Vgl. Peter Witte (u.a.), *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, Hamburg 1999, S. 321

(15) Gedruckt bei Wolfgang Benz (u.a.), *Einsatz im "Reichskommissariat Ostland"*, Berlin 1998, S. 54

(16) Vgl. Wolf Kaiser, *Die Wannsee-Konferenz*, in: Heiner Lichtenstein u. Otto R. Romberg (Hrsg.), *Täter - Opfer - Folgen*, Bonn 1995, S. 24-37

(17) Vgl. dazu die komm. Bibliographie in Peter Longerich, *Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942*, Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 7, Berlin 1998, S. 49-65

(18) *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers*, vgl. Anm. 14, s. die jeweiligen Tageseinträge

(19) Vgl. zu den jüngsten wiss. Debatten: Christian Gerlach, *Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden*, in: Werkstatt Geschichte, 6 (1997), S. 7-44; ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord*, Hamburg 1998, S. 258-299; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung*, München, Zürich 1998, S. 466-472.

Sonderdruck aus:

Villenkolonien in Wannsee 1870-1945 - Großbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz.
Berlin 2000. S. 96-112. (ISBN 3-89468-260-4)

© **Haus der Wannsee-Konferenz**

Am Großen Wannsee 56-58
14109 Berlin

Tel.: 030 – 80 50 01 0

FAX: 030 – 80 50 01 27

eMail: info@ghwk.de

Internet: <http://www.ghwk.de>

Berlin 2001